



GLOKALE SICHERHEITSARBEIT IN DER REGION WANDSBEK

DAS RAUSCHEN DER STADTTEILE IN HAMBURGS OSTEN

| Foto: Jan Deschner, PK 37

Für die Bürgerinnen und Bürger der Stadtteile Wandsbek, Hinschenfelde, Marienthal und Dulsberg sind die Kolleginnen und Kollegen vom Polizeikommissariat 37 zuständig. Das Reviergebiet der Region Wandsbek liegt im Osten Hamburgs und beherbergt auf 9,5 km² fast 59.000 Einwohner.

Durch den starken Zuzug von Migranten kommt es aus Sicht der Bewohner im Stadtteil Dulsberg zu negativen Veränderungen. „Immer öfter werden unsere Kolleginnen und Kollegen des Polizeikommissariats (PK) angesprochen und mit Sachverhalten konfrontiert, die in erster Linie nichts für die Polizei sind“, sagt Ulrich Wagner, Leiter der Region Wandsbek und damit zuständig für die Polizeikommissariate 35, 37 und 38. „Die Menschen, die hier leben, sind beunruhigt“, befindet Wagner. Für den Regionalleiter ein Grund mehr, neue Wege zu beschreiten. Aktuell sei z. B. die Wohnungssituation in Dulsberg unbefriedigend. Langjährige Bewohner, mit dem Wunsch nach wohnlicher Veränderung innerhalb des Stadtteils, werden von der zuständigen Behörde abgewiesen, weil freiwerdender Wohnraum priorisiert für Migranten zur Verfügung gestellt wird, heißt es unter den Bewohnern. Da entstehen ganz schnell Frust und Konflikte, die letztendlich die Polizisten bei ihrer alltäglichen Arbeit zu spüren bekommen. Aus diesem Grund geht Wagner neue Wege.

DIE ROLLE DER KRIMINALPOLIZEI

An allen lokalen Gesprächstischen – wie hier am Beispiel Wandsbek – ist auch die örtlich zuständige Kriminalpolizei beteiligt.

Die Leiter der Kriminalkommissariate stehen in engem Kontakt zu den Bezirksamtsleitern, um niedrigschwellige Straftaten direkt begegnen zu können.

Für eine bessere Sichtbarkeit im Stadtgebiet werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kriminalpolizei perspektivisch mit Überziehkleidung ausgestattet, die eine deutliche Zugehörigkeit zur Polizei Hamburg signalisieren – sofern keine einsatztaktischen Belange dagegen sprechen.



Blick auf den Straßburger Platz
| Fotos (2): Kirsten Quednau, PÖA 2

START EINES PILOTPROJEKTES

Gemeinsam mit Barbara Seibert vom Elbinstitut Hamburg e. V. wird er die Probleme des Stadtteils an einem regelmäßig stattfindenden „glokalen Tisch“ erörtern. „Hier kommt sozusagen das Problem direkt zu den Problemlösern,“ so Wagner. Schnell und unbürokratisch soll die Herangehensweise sein. Bei dieser Zusammenkunft treffen sich zukünftig neben der Polizei und dem Elbinstitut Hamburg e.V., Bürger des Stadtteils, Vertreter des Bezirksamtes Nord, des Jobcenters und anderer sozialer Einrichtungen. Hiermit möchte Wagner für den Bürger sozusagen ganzheitlich da sein.

Durch den Aufbau und Ausbau von Netzwerken möchte Ulrich Wagner die Probleme der Stadtteile ins Bewusstsein der zuständigen Behörde befördern.

In wiederkehrenden Zusammenkünften und auf unterschiedlichen Ebenen wird er die

Stimmungslage, die Sorgen, Ängste und Nöte der Bürgerinnen und Bürger zum Thema machen. „Jeder Stadtteil hat seine eigenen Bedürfnisse und Probleme. Die nehmen wir ernst und packen sie an. Ich möchte die Lücke zwischen der objektiven und subjektiven Sicherheit schließen; ich möchte verstehen, warum Dinge so sind, wie sie sind. Dazu bedarf es intensiver Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen,“ so der Regionalleiter. „Das kann auch eine Veränderung der eigenen Schwerpunktsetzung bedeuten,“ so Wagner.

Darüber hinaus ist Ulrich Wagner mit seinen Kolleginnen und Kollegen des PK 37 auf Stadtteilkonferenzen und als ständiges Mitglied in der AG „Hamburg – gepflegt und grün“ anzutreffen. In den Stadtteilkonferenzen können Bürgerinnen und Bürger Fragen formulieren, die umgehend und unmissverständlich von der Polizei beantwortet werden. Hier möchte Wagner aber auch die Möglichkeit nutzen, polizeiliches Handeln transparent zu machen. In der AG „Hamburg – gepflegt und grün“ geht es unter anderem darum, die Sauberkeit im öffentlichen Raum zu verbessern, um das damit verbundene Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger zu steigern. | **Vicky Baustian PÖA 2**

KRIMINALITÄTSBEZOGENE BEVÖLKERUNGSBEFRAGUNG IN HAMBURG

Eine neue, bundesweite behördliche Daueraufgabe wird es ab 2020 geben.

In einer sogenannten kriminalitätsbezogenen Bevölkerungsbefragung soll die Bevölkerung zu den Themen Kriminalität, Opferwerdung und Sicherheitsempfinden befragt werden. Darüber hinaus möchte Hamburg die Bürgerinnen und Bürger mit einem speziell auf Hamburg abgestimmten Fragenkatalog kontaktieren.

Eine über die Organisationseinheiten übergreifende Koordinierungsgruppe dient dem Projektmanagement als Beratergruppe bei der Konzeption, Vorbereitung, Durchführung und Ergebnis-Aufbereitung der Bevölkerungsbefragung.

Das HPJ wird zu gegebener Zeit tiefergründiger über die Arbeit der Koordinierungsgruppe berichten.

Für nähere Informationen steht Ihnen die Kriminologische Forschungsstelle, LKA FSt 11, zur Verfügung:
lkahfst11@polizei.hamburg.de

